

NIEDERSCHRIFT

über die 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Donnersbergkreises in der 10. Wahlperiode 2014/2019

in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

am Dienstag, 11. September 2018, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

Schriftführer/in: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

I. Eröffnung und Begrüßung:

Landrat Guth eröffnet die 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Donnersbergkreises und begrüßt die Anwesenden.

II. Tagesordnung:

A) Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift der 10. Sitzung vom 05.06.2018
2. Einblicke in die praktische Schulsozialarbeit im Donnersbergkreis
3. Förderung der Jugendarbeit im Donnersbergkreis
4. Resolution des Jugendhilfeausschusses des Donnersbergkreises zur Kita-Novelle
5. Verschiedenes

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift der 10. Sitzung vom
05.06.2018

I. Sachverhalt:

Landrat Guth verweist auf die Niederschrift und fragt nach Änderungswünschen.

Solche werden nicht geäußert.

II. Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss des Donnersbergkreises genehmigt einstimmig die Niederschrift der 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 05.06.2018.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Einblicke in die praktische Schulsozialarbeit im Donnersbergkreis

I. Sachverhalt:

Landrat Guth begrüßt Damaris Weingarth (Schulsozialarbeiterin der GS Winnweiler) und Kathrin Diefenbach (Schulsozialarbeiterin der IGS Rockenhausen), die ihre Arbeit in Grundzügen vorstellen (siehe Anlage).

Jaqueline Rauschkolb (SPD) erscheint um 15.25 Uhr zur Sitzung.

Nach der Vorstellung der Tätigkeiten möchte Landrat Guth wissen, wie Damaris Weingarth ihre Belastung einschätzen würde. Könne sie bei ihrer Tätigkeit noch agieren oder reagiert sie lediglich auf verschiedene Situationen und Problemstellungen?

Damaris Weingarth informiert, sie sei in der VG Winnweiler an insgesamt fünf Grundschulen tätig. In bestimmten Bereichen sei es durchaus möglich Präventionsarbeit zu betreiben, was sehr erfolgsversprechend sei. Auch die Rückmeldungen sowohl der Eltern, als auch der Schüler seien sehr positiv und vielfältig. Insgesamt betreut sie rd. 500 Schüler. Im Vergleich hierzu müsste allerdings die Anzahl der Schüler an der IGS Rockenhausen oder Eisenberg betrachtet werden. Daher sei die Frage der Belastung eine subjektive. Sie macht ihre Arbeit sehr gerne und mit viel Energie, was natürlich auch den Rahmenbedingungen in den Schulen geschuldet sei.

Johanna Sauer-Hofmann fragt an, ob innerhalb der Grundschulen auch Streitschlichterprogramme angeboten werden, da sie diese sehr wichtig findet. Weiterhin möchte sie wissen, wie das Verhältnis zur Schulleitung und zu den Lehrkräften sei und ob genug Freiraum für ihre Arbeit und für die Angebote der Schüler zur Verfügung steht. Abschließend interessiert sie sich für die Belastbarkeit und die Alltagstauglichkeit von Kindern und Jugendlichen. Ihrer Meinung nach haben viele Kinder und Jugendliche Schwierigkeiten in der Gemeinschaft im Alltag zu bestehen und mit den alltäglichen Dingen des Lebens belastbar umzugehen. Sie möchte wissen, welche Erfahrungen in diesem Bereich Damaris Weingarth machen konnte.

Streitschlichtung wird natürlich angeboten, jedoch anders, als es beispielsweise die Lehrer tun, so Damaris Weingarth. Sie übernimmt zwar auch mal gerne ein Konfliktgespräch, aber gerade an den Schulen, an denen Streitschlichtungsprogramme über die Lehrer angeboten werden, verweist sie die Schüler dahin. Nichtsdestotrotz ergänzt sie Handlungsstrategien und gibt dort Rat, wo der Streitschlichter nicht mehr weiter weiß.

Mit den Schulleitungen und Lehrkräften arbeitet sie sehr eng zusammen. Ihrer Meinung nach sei die Aufklärung zu Beginn ihrer Tätigkeit, für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sehr wichtig gewesen. Damals galt es klar zu machen, was Schulsozialarbeit überhaupt ist und welche Arbeitsfelder dazugehören. So war es auch Aufgabe des Trägers, Schulleitungen dahin gehend zu informieren, für wen und was eine Schulsozialarbeiterin zuständig ist. Wie Schulsozialarbeit praktiziert wird, hängt nicht zuletzt von den Strukturen der jeweiligen Schulen ab.

Zu der Belastbarkeit der Schüler führt sie aus, dass sie in der Grundschule ihre Arbeit am Kind ansetzt und versucht diese so zu vermitteln, dass das Kind diese schließlich in der Schule umsetzen kann. Wenn es notwendig erscheint, mit den Eltern zu arbeiten, so holt sie sich entsprechende Hilfen über die richtigen Stellen, wie den ASD oder verweist Eltern an unterschiedliche Beratungszentren. Denn die Schulsozialarbeit wird am Kind ausgerichtet und nicht an den Eltern.

Christa Mayer (SPD) ist als Schulleiterin der IGS in Eisenberg sehr froh über das Vorhandensein der Schulsozialarbeit, die eine vermittelnde Rolle übernimmt. Was sie immer wieder beschäftigt, sei der Informationsaustausch zwischen der Schule und dem Jugendamt. Obwohl sie weiß, dass hier oft der Datenschutz im Weg steht, wäre es in einigen Fällen gut zu wissen, was mit dem Kind passiert ist. Vielleicht könnte die Kommunikation in diesem Bereich verbessert werden.

Weiterhin regt sie an, den Schulen für den Notfall eine Bereitschaftsliste des ASD zur Verfügung zu stellen, falls der/die jeweilige Schulsozialarbeiter/in abwesend ist, um so auf Akutsituationen besser reagieren zu können.

Elsbeth Schmitz (ASD) führt aus, der ASD sei natürlich auch daran interessiert mit den Schulen zusammenzuarbeiten. Wenn keine Rückmeldung über ein Kind erfolgt, kann es zum einen tatsächlich an Datenschutzgründen liegen und zum anderen einfach daran, dass die Kollegen nicht daran denken, eine Rückmeldung zu geben. Die Schulen sollten sich allerdings nicht davor scheuen und nachfragen. Falls keine datenschutzrechtlichen Bestimmungen entgegen stehen, wird die Information gerne mitgeteilt.

Zu der Bereitschaftsliste informiert sie, dass es eine ASD-Organisationsübersicht gibt, mit Namen, dienstlichen Telefonnummern und E-Mail-Adressen, die den Schulen auch vorliegen müsste. Problematisch wird es, wenn die Mitarbeiterinnen des Jugendamtes außerhalb der regulären Öffnungszeiten erreicht werden sollen. Für solche Fälle verfügt die Polizei über private Kontaktdaten der Mitarbeiterinnen und kann diese telefonisch auch erreichen. Die Einrichtung eines Bereitschaftsdienstes soll in nächster Zeit diskutiert und umgesetzt werden.

Simone Huth-Haage (CDU) möchte wissen, ob Übergabegespräche stattfinden, wenn der Wechsel von den Grundschulen in die weiterführenden Schulen erfolgt. In diesem Zusammenhang wäre zu überlegen, ob die Schulsozialarbeit an sich, nicht anders zu organisieren ist. Derzeit ist diese an den Schulen lokalisiert. Zu überlegen sei allerdings, ob diese nicht besser am Kind festgemacht werden sollte, um gewährleisten zu können, dass kein Kind durchs Raster fällt.

Damaris Weingarth berichtet, mit allen Schulsozialarbeitern im Kreis finden regelmäßige Treffen statt. Beim Vorliegen einer Schweigepflichtentbindung seitens der Eltern erfolgt auch ein Austausch über das betroffene Kind. So kommt es auch vor, dass sie an Gesprächen in weiterführenden Schulen teilnimmt, wenn die Eltern dies möchten.

Ute Knobloch (B90/Grüne) hat viel Respekt vor der Arbeit. Sie fragt sich, ob es ausreichend ist, wenn nur eine Person für so viele Kinder zuständig sei und ob generell nicht nur ein Symptom behandelt wird. Viel mehr gilt es zu überlegen, wie die Grundausrüstung der Schulen verbessert werden kann, um auf die geänderten Bedürfnisse der Kinder besser einzugehen, wenn man bedenkt, dass die Kinder sich mittlerweile den ganzen Tag in den Schulen aufhalten. Dies sei eine große Herausforderung, aber diesbezüglich sollte ein Umdenken stattfinden, um den Kindern und ihren Bedürfnissen gerecht werden zu können.

Landrat Guth ist grundsätzlich der gleichen Meinung. Nur sei es so, dass die Schulpolitik eine Angelegenheit des Landes sei. Die Kreise können natürlich Impulse über den Landkreistag geben – die Frage sei allerdings, ob diese immer so gehört werden. Ungeachtet dessen gilt es zunächst die Dinge zu verbessern, die in der eigenen Verantwortung liegen. So ist der Donnersbergkreis in der Schulsozialarbeit im Vergleich der Landkreise gut aufgestellt. Dennoch sei die Situation noch nicht befriedigend. Hier sollte politisch daran gearbeitet werden, um mehr Mittel und dementsprechend mehr Personal in diese Schiene zu bekommen.

Jaqueline Rauschkolb (SPD) berichtet, dass in der Kita in Steinborn durch Aushang auf das SOS-Beratungszentrum in Eisenberg hingewiesen wird. Unregelmäßig wäre wohl freitags auch

ein/e Mitarbeiter/in des Beratungszentrums in der Kita vor Ort, um so den Eltern die Möglichkeit zu geben, verschiedenste Problemlagen anzusprechen.

Sie plädiert dafür, solche Netze aufzubauen und dichter miteinander zu verbinden, auch außerhalb von Kita und Schule. Den Kindern und Jugendlichen müssten mehr Freizeitangebote unterbreitet werden. Dabei können evtl. die Schulsozialarbeiter einige Ideen und Möglichkeiten aufzeigen, da sie teilweise an den Kindern näher dran sind. Diese Arbeit hinsichtlich Netzwerkverdichtung gilt es künftig voranzutreiben und auszubauen.

Landrat Guth sieht die gute Vernetzung in dem Bereich auch als einen Standortfaktor. Diesbezüglich haben bereits einige Gespräche stattgefunden, die gute Impulse hervorgebracht haben zum Schaffen von attraktiven Einrichtungen und Plattformen für junge Mütter, aber auch für andere Altersgruppen.

Die regelmäßigen Gesprächsrunden mit den Schulsozialarbeitern werden von Herrn Balzer koordiniert und begleitet. Den Kontakt zwischen den Schulen untereinander gilt es zu intensivieren, auch gerade zwischen den Grund- und weiterführenden Schulen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Förderung der Jugendarbeit im Donnersbergkreis

I. Sachverhalt:

„Für das Jahr 2019 sind aus allen sechs Verbandsgemeinden Anträge auf Förderung von Projekten der Kinder- und Jugendarbeit eingegangen. Die Kurzbeschreibung der Projekte ist als Anlage beigefügt.

Die Fördersumme der Projektförderung der Jugendarbeit in Höhe von 125.000,- € konnte für den Förderzeitraum 2019 erhöht werden, da nicht verausgabte und im Rückforderungsprozess befindliche Fördergelder aus dem Förderjahr 2017 in die Förderung des Jahres 2019 aufgenommen werden konnten.“

Die Abstimmung erfolgte nach Verbandsgemeinden getrennt.

II. Beschlüsse:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt folgende Förderung für Projekte der Jugendarbeit in den Verbandsgemeinden des Donnersbergkreises für das Jahr 2019 wie folgt:

- a) Verbandsgemeinde Alsenz-Obermoschel – 3.440,00 €
Abstimmungsergebnis: einstimmig
Johanna Sauer-Hoffmann hat an der Abstimmung gem. § 16 LKO nicht teilgenommen.

- b) Verbandsgemeinde Eisenberg – 12.075,00 €
Abstimmungsergebnis: einstimmig

- c) Verbandsgemeinde Göllheim – 1.360,00 €
Abstimmungsergebnis: einstimmig
Dieter Krücken hat an der Abstimmung gem. § 16 LKO nicht teilgenommen.

- d) Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden – 39.416,00 €
Abstimmungsergebnis: einstimmig

- e) Verbandsgemeinde Rockenhausen – 45.913,00 €
Abstimmungsergebnis: einstimmig (mit einer Enthaltung)
- f) Verbandsgemeinde Winnweiler – 30.680,00 €
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Resolution des Jugendhilfeausschusses des Donnersbergkreises zur Kita-Novelle des Landes Rheinland-Pfalz

I. Sachverhalt:

Landrat Guth verweist auf das Antwortschreiben der Ministerin Dr. Hubig und zeigt sich persönlich nicht ganz zufrieden mit der Antwort. Er befürchtet durch die Novellierung des Kita-Gesetzes eine Benachteiligung des ländlichen Raums. Problematisch sieht er die Tatsache, dass vor allem kleine Kitas im ländlichen Raum, wie der Donnersbergkreis einer ist, kaum in der Lage sein werden, die im Gesetz vorgesehene maximale Unterbelegung von acht Prozent im Jahr einzuhalten. Kann diese Zahl nicht eingehalten werden, bedeutet das Verluste bei der Landesförderung zu den Personalkosten.

Das Personal soll künftig nicht mehr an Gruppen, sondern am einzelnen Kind festgemacht werden. Dabei wird jedoch nur noch nach zwei Alterskohorten differenziert: Kinder unter zwei Jahren und Kinder über zwei Jahren bis zum Schuleintritt. Dieser Betrachtung steht Landrat Guth skeptisch gegenüber, da hierbei ein doch sehr unterschiedlicher Betreuungsaufwand besteht.

Es folgt eine intensive Diskussion seitens der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses.

Zum einen sei man froh, dass das Thema frühkindliche Bildung und auch die damit zusammenhängenden Rahmenbedingungen stärker in den Fokus rücken, zum anderen äußern auch die Mitglieder ihre Sorgen hinsichtlich einer Benachteiligung in ländlichen Gebieten und vor allem bei den kleinen Einrichtungen. Auch eine durchgängige siebenstündige Standardbetreuungszeit, die der Gesetzesentwurf vorsieht, wird kritisch beleuchtet und hinterfragt.

Ebenso wird die Vorgehensweise mit den vielen Verzögerungen bei der Erstellung des lange versprochenen Gesetzentwurfs, sowie die Veröffentlichung unmittelbar vor den Sommerferien beanstandet.

Abschließend bleibt den Anwesenden nur die Hoffnung darauf, dass das Gesetzgebungsverfahren noch am Anfang sei, Anhörungen und abgegebene Stellungnahmen Berücksichtigung finden werden und damit eine Verbesserung für den ländlichen Raum eintreten kann. Die Stellungnahme des Jugendamtes Donnersbergkreis wird dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Stefan Klemme (16.35 Uhr) und Frau Kathrin Nahyrniak-Becker (16.40 Uhr) verlassen die Sitzung.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Verschiedenes

I. Sachverhalt:

1. Duale Ausbildung der Erzieher

Seitens der Verwaltung erfolgt folgende Information: Das aktuelle Kindertagesstättengesetz, der zunehmende Fachkräftemangel und die verstärkte Nachfrage von Trägern und Kitas gaben Anlass, die bisherige Regelung über die duale Ausbildung intern erneut zu diskutieren und zu überdenken.

Seit 2013 gibt es im Rahmen des Schulversuchs in Rheinland-Pfalz die berufsbegleitende Teilzeitausbildung. Sowohl Nachbarkreise als auch das Landesjugendamt berichteten diesbezüglich von sehr positiven Erfahrungen. Im Donnersbergkreis wurden bislang die Auszubildenden im Rahmen der dualen Ausbildung auf den Regelpersonalschlüssel der jeweiligen Kita angerechnet. Dies hatte zur Folge, dass diese Auszubildenden von Anfang an wie Fachkräfte behandelt wurden und aus diesem Grund sich viele Träger und Kitas gegen die duale Ausbildung entschieden haben.

Nun wurden verschiedene Lösungsansätze diskutiert und folgende Vorgehensweise herausgearbeitet: Künftig soll den Kitas, in denen keine Berufspraktikantin angestellt ist und die sich für eine/n Auszubildende/n im Rahmen der dualen Ausbildung entscheiden, mehr Personal im Umfang von einer halben Stelle bewilligt werden. Sollte im Nachhinein zusätzlich eine Berufspraktikantin eingestellt werden, entfällt die 0,5 – Mehrstelle wieder.

2. Anfrage von Ute Knobloch zum Personalschlüssel der Bertelsmann Stiftung

Kürzlich ist in der Rheinpfalz die Studie der Bertelsmann Stiftung zu den Personalschlüsseln im bundesweiten Vergleich in den Kindertagesstätten veröffentlicht worden.

An Frau Knobloch herangetragene Nachfragen, wie denn der Fachkraft-Kind-Schlüssel im Donnersbergkreis zustande kommt, konnte sie nicht schlüssig beantworten.

Daher bittet Sie diesen 1:9,5 Fachkraft-Kind-Schlüssel unter Berücksichtigung der Gruppenkonstellationen und des jeweiligen Betreuungsschlüssels für Kinder U2, U3 und Regelkinder zu erläutern.

Heike Frey (Abteilungsleiterin Jugendamt) erklärt, die Fachkraft-Kind-Relation in dieser Studie bezieht sich auf Krippengruppen mit Kindern unter drei Jahren, Gruppen mit Kindern von null bis unter vier Jahren, Kindergartengruppen mit Kindern von drei bis zum Schuleintritt, Gruppen mit Kindern von zwei Jahren bis zum Schuleintritt und altersübergreifende Gruppen. Für diese fünf Kategorien wurden für alle Jugendamtsbezirke die Kind-Erzieher-Relationen beleuchtet. Der für den Donnersbergkreis aufgezeigte Schlüssel von 9,5 Kindern zu einer Kraft bezieht sich auf die Kindergartengruppe mit Kindern von drei Jahren bis zum Schuleintritt. Bei den anderen Gruppenkonstellationen sehen die Fachkraft-Kind-Relationen im Donnersbergkreis anders aus.

Wie sich die Zahlen genau errechnen, verweist Heike Frey auf die Quelle, die auch von der Bertelsmann Stiftung genannt wird: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege 2017, Berechnungen der Bertelsmann Stiftung auf Grundlage der von der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik entwickelten Methodik zur Berechnung des Personalschlüssels aus dem Jahr 2018.

Ute Knobloch merkt an, dass der in der Studie aufgeführte Schlüssel allerdings nicht den Gegebenheiten entspricht.

Heike Frey erklärt, die Bertelsmann Stiftung erhebt zu einem Stichtag (hier 01.03.2017) die tatsächlichen Zahlen, d.h. wie viele Kinder sind tatsächlich in den Kitas und wie viel Personal ist für diese Kinder tatsächlich vorhanden. Daraus werden dann diese Schlüssel berechnet.

Ute Knobloch ist der Meinung, durch diese Studie entsteht ein verfälschtes Bild in der Öffentlichkeit. Gerade in der Diskussion um das neue Kita-Gesetz seien diese Ergebnisse der Bertelsmann Stiftung kontraproduktiv.

3. Verabschiedung von *Elsbeth Schmitz*

Elsbeth Schmitz scheidet zum 30.09.2018 in den Ruhestand aus. Frau Schmitz ist seit dem Jahr 1989 als Sozialarbeiterin beim Kreisjugendamt der Kreisverwaltung Donnersbergkreis angestellt und hat im Jahr 2005 die Leitung des Referates „Allg. Sozialdienst“ übernommen, die sie sehr engagiert bis heute ausübt. Landrat Guth dankt ihr herzlich für die jahrelange Arbeit und das großartige Engagement in diesem Bereich. Für die Zukunft wünscht er ihr vor allem Gesundheit und überreicht ihr einen Blumenstrauß.

Elsbeth Schmitz blickt gerne auf die zurückliegende Zeit und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.

Landrat Guth teilt in dem Zusammenhang mit, dass Frau Rosenbaum die Nachfolge von Frau Schmitz antreten wird.

Er dankt den Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt um 17.05 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender
(Rainer Guth)

Schriftführerin
(Herbrandt)

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

ABSCHLUSS

Tag der Einladung: 30.08.2018

Tag der Sitzung: 11.09.2018

Sitzungsort: Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 17.05 Uhr

Zahl der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses 33

Zahl der anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses 26

Zahl der abwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses 7

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

Schriftführer/in: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt